

EXAMEN D'ENTREE EN DEUXIEME ANNEE 2024

Epreuve de Langue (durée conseillée 1h30)

ALLEMAND

Folgen des Ukrainkriegs: EU setzt auf mehr Verteidigung, Eric Bonse, taz, 5. 3. 2024
Die Botschaft, die am Dienstag von Brüssel ausgeht, ist unmissverständlich: Die Zeit der „Friedensdividende“ ist vorbei. Die EU-Kommission hat dazu einen Aktionsplan vorgestellt, der massive Investitionen in die hiesige Rüstungswirtschaft vorsieht. Neben einer „Strategie für die Verteidigungsindustrie“ legte die EU-Behörde ein Investitionsprogramm vor, das zunächst 1,5 Milliarden Euro umfassen soll. Langfristig könnte es aber auf 100 Milliarden anwachsen [...].

Begründet wird der Vorstoß, mit dem sich die EU wohl endgültig vom Ziel einer „Friedensunion“ verabschiedet, mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch die Lage in den USA spielt eine Rolle: Brüssel will sich vor einer möglichen Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus unabhängiger machen.

„Russland brutaler Angriff auf die Ukraine hat den Krieg zurück nach Europa gebracht“, sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am Dienstag. „Nach Jahrzehnten der Unterfinanzierung müssen wir mehr in die Verteidigung investieren – aber wir müssen es besser und gemeinsam tun.“ Konkret schlägt die Kommission vor, neue Rüstungsprojekte künftig gemeinsam anzugehen [aborder]. Wenn sich mehrere EU-Länder bei der Waffenproduktion zusammentun, sollen sie bei den Mehrkosten entlastet werden. Ziel soll es sein, bis zum Jahr 2030 40 Prozent der Ausrüstung [équipement] gemeinsam zu beschaffen.

Brüssel hat auch in Sachen Unabhängigkeit eine Zielmarke formuliert: So sollen bis 2030 mindestens 50 Prozent der Rüstungsgüter auf dem europäischen Binnenmarkt gekauft werden. Derzeit fließen nach Angaben von Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager knapp 80 Prozent der Mittel in Länder außerhalb der EU, davon allein 60 Prozent in die USA. „Das ist nicht mehr tragbar, wenn es überhaupt jemals tragbar war“, sagte Vestager. Besonders viele Waffen kaufen Polen, Deutschland und die Niederlande in den USA.

Frankreich hatte gefordert, mehr in Europa zu produzieren und sogar eine „Buy European“-Klausel vorgeschlagen. Damit konnte sich Paris jedoch ebenso wenig durchsetzen wie mit der Idee, ein neues, schuldenfinanziertes Rüstungsprogramm aufzulegen. Der französische EU-Kommissar Thierry Breton hatte die Zahl von 100 Milliarden Euro ins Spiel gebracht, die über Anleihen („Eurobonds“) finanziert werden

könnten. Hierzu sagten jedoch Deutschland, die Niederlande und andere „frugale“ (sparsame) EU-Länder Nein. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) setzt auf eine andere Methode: Alle EU-Länder sollen ihre Waffenproduktion in Eigenregie hochfahren [augmenter] und auch mehr Kriegsgerät in die Ukraine schicken – unabhängig von Brüssel.

Der Vorschlag der EU-Kommission ist offenbar ein Kompromiss zwischen den deutschen und den französischen Positionen. Er kommt auch der Ukraine entgegen: Sie soll künftig wie ein Mitgliedstaat behandelt werden, wenn es darum geht, gemeinsam mit anderen EU-Staaten mehr Waffen zu beschaffen. Die Aufsicht [supervision] soll in Brüssel liegen. Die EU-Kommission will sogar neue Gremien [instances] schaffen und Sammelbestellungen [commandes groupés] bei Waffenschmieden [industriels de l'armement] wie Rheinmetall aufgeben. Das Vorgehen erinnert an die Coronakrise, bei deren Bewältigung die Brüsseler Behörde ebenfalls die Führung übernommen hatte.

Allerdings sehen die EU-Verträge diese neuen Befugnisse eigentlich nicht vor. Die Verteidigung ist bisher eine nationale Angelegenheit; jedes Land wacht eifersüchtig über „seine“ Rüstungsindustrie und „seine“ Waffen – wie sich aktuell am Streit über das deutsche Taurus-System [missiles de croisière] zeigt. In Brüssel wird daher mit Widerstand nicht nur aus Berlin, sondern auch aus anderen Hauptstädten gerechnet [...].

Streit droht auch über die Frage, wer die europäische Aufrüstung politisch steuert. Die EU-Kommission wolle sich wie während der Pandemie neue Machtbefugnisse [prérogatives] aneignen, argwöhnen [soupçonner] und Abgeordnete. [...]

I-FRAGEN ZUM TEXT (8 Punkte)

Antworten Sie in einigen (4 – 8) Sätzen auf die folgenden Fragen! **Sie dürfen aber nicht ganze Sätze zitieren oder abschreiben.**

- 1) Wie begründet die EU ihre Initiative zur europäischen Verteidigungspolitik?
- 2) Inwiefern unterscheiden sich die deutsche und die französische Position gegenüber einer europäischen Verteidigung?
- 3) Wie legitim erscheint Ihnen diese europäische Initiative?

II-SCHRIFTLICHER AUSDRUCK (12 Punkte)

Schreiben Sie einen Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%).

Welche Rolle spielen die USA und die Nato für die europäische Verteidigung in der Vergangenheit (seit dem Zweiten Weltkrieg), der Gegenwart und der Zukunft?